

**Dr. Wolfgang Büchs, Bürgerinitiative  
Braunschweig (BIBS)**

**1) Wie hoch ist der Anteil der freien Kulturförderung am Gesamthaushalt der Stadt Braunschweig? Finden sie es notwendig, dass dieser Anteil erhöht wird? Wenn ja, dann um wie viel?**

Nach meiner Kenntnis beträgt der Ansatz des Teilhaushaltes Kultur und Wissenschaft für 2013 ca. 25 Millionen Euro. Wenn man nun den Bereich „Zuschussgewährungen“ betrachtet, unter den auch die „freie Kulturförderung“ fällt, sind 1,7 Millionen Euro (= 6,8%) dafür angesetzt worden. Das beinhaltet auch den Teil Wissenschaft. Wie viel davon der sog. „freien Kulturszene“ zufällt kann nicht sicher ausgesagt werden.

Inwiefern der Anteil der Förderung freier Kultur angehoben werden soll, kann ich pauschal weder verneinen noch bejahen. Neben den festgelegten sozusagen hoheitlichen Aufgaben wie z.B, städt. Museum, Staatstheater, Musikschule, Stadtarchiv, Stadtbibliothek inkl. Personal ist es schwierig zu definieren, was gehört zur „freien Kulturszene“ und was nicht. Zur freien Kulturszene gehört im Prinzip, der freischaffenden Journalist genauso wie Person, die sich aus freien Stücken als Historiker, z.T. auch als Wissenschaftler (die hat im Prinzip überhaupt noch keiner auf der Platte) betätigen, auch nahezu alle Musiker mit Zeitverträgen etc. – also nicht nur freischaffende i.w.S. „Künstler“.

Es geht vielmehr um den Stellenwert der „freien Kulturszene“ (wie definiert sich das?) innerhalb des Gesamtkulturbetriebes und damit auch um die Frage wie und in welcher Form diese in das Geschehen der Stadt eingebunden wird. Wenn man z.B. im Halbjahresbericht für das Jahr 2013 liest, die Maßnahme – **„Experiment Stadtraum“** – **Temporäre künstlerische Interventionen im Stadtraum“** konnte im Jahr 2013 wegen des Themenjahres 1913 (das m.E. durchaus deutlich bescheidener hätte begangen werden können) nicht stattfinden, ist das überaus traurig und im Grunde genommen nicht hinnehmbar.

Es wäre für mich ein wesentliches Ziel, genau diesen Bereich erheblich zu stärken und auszubauen und dann ggf. auch mit einer entsprechend höheren Förderung auszustatten. Im Grunde genommen ist dieses Ziel (Integration der „freien Kulturszene“ in die alle relevanten Bereiche des städtischen Lebens) für mich ein Kernthema, es betrifft die Stadtgestaltung – viele gute Ideen dazu finden sich in Schadts Liste, die auf der KUFA-Seite abgebildet ist. Vieles (nicht alles) könnte und sollte man davon umsetzen.

=> Es geht für mich darum einen Ideenmarkt zu schaffen, der das kreative Potential der Kulturschaffenden dieser Stadt mobilisiert.

- **2) Die Stadt Braunschweig hat keinen Kulturentwicklungsplan. Halten sie einen Kulturentwicklungsplan für notwendig?**

Planungsvorgänge sind immer wichtig, weil sie i.d.R. a) eine Bestandsaufnahme des Vorhandenen enthalten

und b) eine daraus abgeleitete Analyse der bestehenden Stärken und Schwächen sowie daraus abgeleiteter Bedarfe sowohl qualitativer, quantitativer und räumlicher Art darstellen.

Von einer solchen Analyse ausgehend kann dann definiert werden, welche Schwerpunkte und Leitlinien im Kulturbereich einer Stadt gesetzt werden sollen und welche Ziele in welcher Zeit angestrebt bzw. umgesetzt werden sollen. In diesem Zusammenhang bieten Planungen auch Möglichkeiten weit im Vorfeld von Entscheidungen den Bürgerwillen mit einzubinden.

Planungen sind sozusagen die Richtschnur oder Haltelinie für einen Weg, den man einschlagen will.“ Planungen sind ein Muster in einem Strom von Entscheidungen“ Planungen sind eine kooperative Lösungsstrategie, die alle (staatliche und private) kulturpolitischen Akteure mit einbeziehen muss. Für mich als Wissenschaftler sind vorgeschaltete Planungen ein Muss. Ohne Planung und Konzeption eines Versuchs kann Sie nicht wissenschaftlich arbeiten. Das gilt aber genauso für Entwicklungsprozesse in einem Gemeinwesen. Deswegen werden bei mir Planungen und daraus abgeleitete und abgestimmte Konzepte das Grundgerüst meiner Arbeit als OB sein.

Ein Kulturentwicklungsplan für Braunschweig ist mehr als notwendig und absolut überfällig. Es darf allerdings nicht noch einmal in der Weise laufen wie beim letzten Ansatz für einen KEP, in den viel Arbeit und Mühen auch freier Kulturschaffender der Stadt investiert wurde, und dann das Ganze als Datenfriedhof in der Schublade verschwand.

In der Tat besteht bei einem KEP aufgrund der sich automatisch ergebenden Komplexität die Gefahr den Überblick und den roten Faden für ein strukturiertes Vorgehen zu verlieren.

Um das zu vermeiden, muss man an bestimmten Punkten, wo sich die Gefahr eröffnet den Überblick zu verlieren und im Nirvana der Endlosdiskussionen zu versinken, den Mut haben von einer ganzheitlichen Multidimensionalen Strategie abzuweichen (ohne diese ganz aus dem Auge zu verlieren) und zunächst Teilkonzepte zu entwickeln und umzusetzen.

Ein Beispiel dafür ist der jetzt eingeschlagene Weg zur Entwicklung des soziokulturellen Veranstaltungszentrums. Nach Erstellung der überbordenden Wunschliste ohne Grenzsetzungen entstand auch hier die Gefahr sich im Nirgendwo zu Verzetteln. Durch die jetzt beschlossene freiwillige Begrenzung (zumindest, was den zentralen Standort betrifft und die Flexibilisierung des Gesamtkonzeptes ist diese Gefahr m.E. weitgehend gebannt. Durch die weitere Begleitung auch der Interessen, die zunächst nicht im Rahmen eines VeranstaltungszENTRUMS umgesetzt werden können, hat dieser Beschluss tatsächlich Elemente eines kleinen Kulturentwicklungsplanes bzw. eines Teilkonzeptes desselben – Es wird für BS und alle weitere Gedanken über einen KEP sehr entscheidend sein wie erfolgreich wir dieses Teilkonzept in der Lage sein werden umzusetzen (auch hinsichtlich Partizipation). Wenn dieser Prozess zu einem guten Ergebnis kommt, kann dies als Grundmuster herangezogen werden, andere Teilkonzepte eines KEP in ähnlicher Weise anzugehen.

**3) Würden sie die Forderung unterstützen, dass 5 Prozent des 32 Millionen Kulturhaushalts für die freie Kulturszene in Braunschweig, also 1,6 Millionen, verwendet werden?**

In Frage 1 im Prinzip beantwortet. Es geht im Wesentlichen darum, den innerstädtischen Stellenwert der lokalen und freien Kulturszene zu stärken und diese eben in das kulturelle Leben der Stadt stärker einzubinden. Daraus werden sich automatisch andere Fördermöglichkeiten ergeben. Letztendlich ist es aber immer eine Frage, wo und wie Schwerpunkte gesetzt werden. Dies darf m.E. auf keinen Fall so ablaufen wie bei dem unseligen 1913 Projekt, bei dem die „offiziell“ oder „etabliert“ geförderten Projekte und Maßnahmen mit Geld quasi „zugeschmissen“ (man auch sagen „zugeschissen“) werden, während sich eine Vielzahl freier Kulturschaffender um Almosen prügeln mussten.

Das hat mich nachhaltig und quasi traumatisch beeindruckt – dies werde ich in keinem Fall dulden. Für mich wird die Schlüssigkeit und Originalität von Konzepten entscheidend sein und nicht der Grad der Etablierung im vorgegebenen gesellschaftlichen Umfeld

[Anmerkung: Im Kommentar wird richtig vermerkt (wie von mir oben schon gefragt) „Was ist der freie Trägerbereich“ – wobei das wiederum etwas anderes ist/sein kann als die „freie Kulturszene“]

**4) Im Jahr 2014 könnten Konsolidierungsmaßnahmen notwendig werden. Welche Bereiche der Kultur wären für Sie verzichtbar?**

Der Haushalt für 2014 steht und ist beschlossen, von daher sollten Konsolidierungsmaßnahmen zumindest für 2014 nicht erforderlich sein. Natürlich kann jederzeit durch Einbruch der Gewerbesteuer oder die fortschreitenden Verluste von BS/Energy die Situation entstehen in den Folgejahren die Situation entstehen, den Haushalt konsolidieren zu müssen. Und aufgrund der zu erwartenden immensen finanziellen Verpflichtungen aus PPP-Verträgen und den Rücklagen, die dafür gebildet werden müssen, wird Haushaltskonsolidierung in Zukunft unser ständiger Begleiter sein. Dies betrifft nicht nur den Kulturhaushalt.

Hierzu müssen sämtliche Haushaltspositionen Stück für Stück durchgegangen und auf Notwendigkeit und Plausibilität geprüft werden (Kassensturz). Der Haushalt muss langfristig wesentlich transparenter werden, durch Einführung von Kennzahlen (Leistungsparameter). Ich bin überzeugt, da lässt ich schon einiges einsparen. Beispielweise gibt es zwei Stellen in der Verwaltung die nur für die Hausnummernvergabe zuständig sind und pro Jahr lediglich 50 Hausnummern verteilen - hier kann man ansetzen, auch der Zentrale Ordnungsdienst wäre für mich ein Ansatzpunkt. Ähnliches gibt es sicherlich noch häufiger in der Verwaltung.

Wenn der Kulturbereich betroffen sein sollte, sehe ich Einsparpotentiale vor allem beim Schlossmuseum – allerdings muss man erst einmal aus den Verträgen herauskommen. Es kann aber nicht sein, dass Braunschweig bis zum St. Nimmerleinstag an solche Verträge gebunden ist. Ebenfalls werde ich Verträge die im weiteren Sinn mit kultureller Stadtgestaltung zu

tun haben und eine 75%-Förderung durch die Stadt vorsehen, so nicht weiter führen. Auch für diese Verträge muss die 50%-Regel gelten wie für alle anderen Antragsteller auch. Ein weiterer Ansatzpunkt ist die Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz, die in sehr großem Umfang und finanziell gut ausgestattet Kulturgüter und Kultur verwaltet und fördert. Dies erfolgt derzeit nach meiner Einschätzung sehr konservativ und fokussiert auf klassische und etablierte Kulturfelder. Hier strukturelle Änderungen und vor allen Dingen Öffnungen zu weniger etablierten Aspekten und Aktivitäten der Kultur zu erreichen, wird nicht einfach. Hier sind m.E. dicke Bretter zu bohren, was einige (ggf. zu viel) Zeit in Anspruch nehmen wird.

Im Hinblick auf Einsparungen werde ich auch darum kämpfen, dass Braunschweig im Hinblick auf den Beitrag zum Staatstheater mit Städten wie Hannover und vor allem Oldenburg gleichgestellt wird. Hier werde ich auch keinem Konflikt aus dem Wege gehen.

Ich möchte hier die Grüne Kultusministerin kritisieren: Sie hat den geringeren Beitrag Oldenburgs damit begründet, dass die finanzielle Situation Oldenburg schlechter sei als die von Braunschweig. Das hat mich Aufhorchen lassen und ich habe mich erkundigt. Es ist richtig Oldenburg hat keinen ausgeglichenen Haushalt, sondern musste z.B. für 2014 einen Investitionskredit von 14 Mio Euro aufnehmen, aber was ist der Grund dafür – und nun kommt es – Oldenburg im Unterschied zu Braunschweig sein Tafelsilber nicht verkauft! Die VWG (Wasser-/Abwasser) sind noch zu 75,1% in der Hand der Stadt, ebenfalls ist die Stadt Oldenburg an den der EWG (Elektrizitätswerke)

beteiligt, der Wohnungsbau ist in städtischer Hand – kurz und gut – Im Gegensatz zu Braunschweig hat Oldenburg auf Privatisierung der für die Daseinsvorsorge wichtigen Einrichtungen so gut wie verzichtet. Braunschweig wird nun aber hat seinen ausgeglichenen Haushalt nur, weil es alles verkauft hat und Verbindlichkeiten ohne Ende angehäuft hat, die uns noch über Jahrzehnte belasten werden. Und diese Unterschiede sieht die Kulturministerin nicht? Indem sie behauptet Braunschweig sei finanziell gesünder als Oldenburg vertritt sie 100%ig die Hoffmannsche Politik der Augenwischerei und das als Grüne. Da kann ich nur sagen „wo sind all die Grünen hin, wo sind sie geblieben?“

Genau diesen Punkt gilt es Frau Heinen-Kljajic gegenüber deutlich zu machen, um zu erreichen, dass der Anteil Braunschweigs an der Staatstheaterförderung geringer wird – was wir in Zukunft im Übrigen für die Haushaltskonsolidierung dringend brauchen werden.

### **5) Unterstützen Sie die Forderung nach einem neuen Kultur- und Veranstaltungszentrum (FBZ) in zentraler Lage und freier Trägerschaft?**

Ja, hundertprozentig, und ich denke mit der bereits o.g. kürzlich beschlossenen konzeptionellen Lösung für das neue FBZ ist der Weg geebnet worden, hier etwas sinnvolles und Vernünftiges in absehbarer Zeit auf die Beine stellen zu können.

Allerdings muss dazu gesagt werden, dass man sich ohne das Wirken Hoffmanns viele Mühen hätte sparen können. Das Schließen des alten FBZ und damit vor

allein die Aufgabe als Standort waren einer der größten Fehler, den wir – wie viele Andere (z.B. die Neueröffnung der Verbraucherschutzzentrale) – mit einem Vielfachen dessen, was eingespart werden konnte bezahlen müssen.

Hier wurde der geradezu ideale Standort nach dem Motto „Kapital statt Jugend“ anstelle „Jugend als Kapital für die Zukunft“ ohne Not für die Errichtung eines 4-Sterne Plus-Hotels aufgegeben. Nun sind wir ohne Not in eine zermürbende Standortdiskussion getrieben worden, deren Ausgang ungewiss ist.

Für das „neue FBZ“ ist eine möglichst zentrale Lage und eine freie Trägerschaft anzustreben. Allerdings darf diese „freie“ Trägerschaft nicht dazu führen, dass letztendlich bestimmte Gruppen Kulturschaffender in der Stadt, die Vergabe dieser Räumlichkeiten „kartellartig“ kontrollieren. Hier müssen Mechanismen eingebaut, die Vormachtsstellungen bestimmter Teile der freien Träger verhindern (z.B. Einsetzen von Beiräten oder Aufsichtsgremien).

Ansonsten bin ich 100%tig einverstanden mit den Statements im Kommentar:

Einschluss von dezentralen Stadtteilzentren in das Gesamtkonzept des FBZ (so ist es ja auch jetzt angedacht)

Das zentral liegende Zentrum kann kleiner sein als in der Verwaltungsvorlage (+- als Quasi-Verhinderungsplanung) angedacht (auch das ist in dem neuen Antrag, der Montag im AfKW beschlossen wird berücksichtigt)

Die Nutzung der Einrichtungen muss für die „freie Kulturszene“, die Soziokultur und natürlich für das Publikum erschwinglich sein – andernfalls führt sich ein solches Zentrum selbst ad absurdum

**6) Musiker suchen in Braunschweig verzweifelt Proberäume. Für Künstler gibt es zu wenig Ateliers und Ausstellungsflächen. Theatergruppen haben zu wenig Probebühnen und Auftrittsmöglichkeiten. Was planen Sie, um diese Versorgungslücke zu beheben?**

Auch zur Lösung dieses Problems trägt das jüngst im AfKW beschlossene Entwicklungskonzept für ein neues Veranstaltungszentrum bei, dass ja als quasi „dezentrales“ Element auch die Bestandsaufnahme vorhandener Proberäume bzw. vorhandener Räumlichkeiten für kulturelle Veranstaltungen insgesamt umfasst.

D.h. es muss dringend ein Online einsehbares Kataster eingerichtet werden, die alle für die o.g. Zwecke geeigneten Räumlichkeiten (egal ob in Privatbesitz oder im Besitz der Stadt) mit den dazugehörigen Rahmenbedingungen (z.B. Größe, max. Zuschauerzahl, Ausstattung, Kosten etc.) listet. Die Stadtverwaltung solle hier als Mittler auftreten, um diese Auftrittsmöglichkeiten an Interessierte Kulturschaffende zu vermitteln.

Für die Auftrittsmöglichkeiten im Besitz der Stadt ist dann eine Gebührenordnung zu entwickeln, die sich einerseits an den zu erwartenden Eintrittsgeldern, andererseits an den finanziellen Möglichkeiten und der Gemeinnützigkeit des Veranstalters orientiert.

Da mein Sohn selbst in der Musikszene aktiv ist, muss ich sagen, es gibt schon eine ganze Reihe von Probenräume zerstreut über die Stadt, die vielleicht nicht alle bekannt sind (z.B. im Ringcenter, bei uns im Gewerbegebiet in Kralenriede, sogar kleine private Studios, z.B. östlich Ricarda-Huch-Schule, viele Schulen haben Probenräume), allerdings beinhaltet dies alles große Flexibilität, weil viele Räumlichkeiten nur stundenweise nutzbar – „feste“ Probenräume für Bands (wo man umfangreicheres Equipment dauerhafter installieren kann) gibt es tatsächlich sehr wenig, setzt allerdings auch schon einen höheren Etablierungsgrad einer Band voraus und im Prinzip dann auch schon fast Semiprofessionalität – hier könnte die Stadt nur Starhilfen geben, ab einem bestimmten Punkt ist dies dann aber auch Sache der privaten Initiative – wir können ja auch nicht jedem Künstler ein eigenes Atelier zur Verfügung stellen.

**7) Das Staatstheater in Braunschweig erhält mit ca. 9 (10) Millionen Euro städtischer Förderung bei weitem den größten Anteil des Kulturetats der Stadt. Die freie Theaterszene erhält mit 50 Tausend Euro Projektförderung weniger als zwei Promille des gesamten Theateretats. Halten Sie einen weiteren Ausbau der Förderung für sinnvoll? Würden Sie die Förderung von 1 Euro Aufpreis pro Theaterkarte zur Verwendung für die freie Kulturszene unterstützen?**

Zur Frage der Höhe des Beitrags Braunschweigs zum Staatstheater verweise ich auf die Ausführungen weiter oben. Der Gedanke, die Teile die freie Theaterszene mit einem Art Solidaritätsbeitrag über

die Eintrittspreise institutionell geförderter Einrichtungen (sofern die Stadt an dieser Förderung beteiligt ist) zu stützen, halte ich grundsätzlich für sehr begrüßenswert. Ich würde diesen „Solidaritätsbeitrag“ oder diese „Förderabgabe“ nicht nur an den Kassen des Staatstheaters erheben wollen, sondern auch an anderen institutionell geförderten Einrichtungen wie z.B. dem Städtischen Museum, dem Museum für Photographie, Schlossmuseum etc. Der Solidaritätsbeitrag sollte allerdings 50 Cent/Karte nicht überschreiten und nicht auf reduzierte Tickets aufgeschlagen werden.

Auch die Förderung, die aus dem dann generierten Geld resultiert, würde ich nicht nur auf die „freie Theaterszene“ beziehen, sondern auf die freie Kulturszene insgesamt.

**8) Die Soziokultur in Braunschweig – obwohl nicht kommerziell und gemeinnützig orientiert – ist im Schnittfeld von Kunst, Kultur, Bildung und Sozialer Arbeit angesiedelt. Sie weist damit viele Berührungspunkte zu gesellschaftlichen Feldern wie Stadt- und Regionalentwicklung, Kulturwissenschaft, Tourismus oder bürgerschaftlichem Engagement auf. Dieser Querschnittscharakter wird in vorhandenen Förderprogrammen kaum berücksichtigt. Wie bewerten Sie die Aufgabenstellung von Soziokultur und Kulturinitiativen als kulturelle Dienstleister? Welche Möglichkeiten sieht ihre Fraktion zur Öffnung der ressortübergreifenden Förderung von Kultur?**

Die letzten beiden Fragen dieses Abschnittes wurden eigentlich schon oben mit dem Statement zur Integration der freien Kulturszene in die Stadtentwicklungs- und -gestaltungsprozesse beantwortet.

Wenn man über den Tellerrand der klassischen Kultureinrichtungen hinausblickt, ist Kultur IMMER eine Querschnittsaufgabe, die viele Ressorts betrifft. Beispielsweise umfasst jeder arrivierte KEP zumindest auch die Bereiche Tourismus/Stadtmarketing , Stadtentwicklung, Wirtschaft, Bildung. Das Kulturschaffen (welcher Art auch immer) ist somit ein intergraler Bestandteil der Gesellschaft. Das muss sich auch natürlich in den Fördermöglichkeiten ausdrücken. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass der Begriff „Kultur“ vor einem soziokulturellen Hintergrund weit über das hinausgeht, was i.d.R. unter hier nach meinem Eindruck unter „freier Kulturszene“ verstanden wird. Beispielsweise ist jeder Vortrag, jede Tanzveranstaltung, jeder Häkel- oder Skatverein, die Jägerschaft, die Landfrauen und im Prinzip fast alle gemeinschaftlichen Aktivitäten ein Teil der Soziokultur.

Der Begriff Soziokultur wird nüchtern definiert als e „Summe aus allen kulturellen, sozialen und politischen Interessen und Bedürfnissen“ und bezeichnet den engen Zusammenhang zwischen sozialen und kulturellen Aspekten gesellschaftlicher Gruppen und ihren Wertesystemen,, (wikipedia). Soziokultur zielt darauf ab in „einer Gesellschaft beziehungsweise einer gesellschaftlichen Gruppe Freiräume zu schaffen, Selbsthilfe und Vernetzung zu stärken, zwischen Kulturen zu vermitteln, Konfliktkultur zu fördern, das ist ein großer Teil des Alltags eines soziokulturellen

Zentrums. Soziokultur ist die Kultur des Zusammenlebens. Überall, wo Menschen sich füreinander interessieren, sich umeinander kümmern, gemeinsame Interessen verfolgen, dort ist Soziokultur (LAGS Bayern).

Also man muss ein wenig bei der Verwendung des Begriffes „Soziokultur“ aufpassen, er ist nicht (nur) im Sinne einer Kunst- und Kreativkultur zu verstehen wie es vielleicht im Sinne der hier vertretenen „freien Kulturszene“ gemeint ist.

Zumindest ist der Begriff „Soziokultur“ meines Erachtens nicht geeignet als „Büchsenöffner“ für eine Ausweitung der Förderung der traditionellen, wenn auch freien Kulturszene - aus der Frage klang ein wenig die Hoffnung an (wie auch aus anderen Fragen) sich über diesen Begriff ggf. den Zugang zu weiteren Fördertöpfen zu erschließen.

Vieles davon wird bereits ressortübergreifend gefördert ohne mit dem Begriff „Kultur“ belegt zu werden.

- Übernahme der Richtlinie für Bundesbauten Kunst am Bau auch in Kommunen
- Gestaltung Innenstadt durch Kunst- und Kulturschaffende => Kooperation Wirtschaft
- Förderung der Kreativwirtschaft als Bindeglied auch zwischen freien Kulturschaffenden und Wirtschaft

**9) Würden sie die Forderung nach einer Kulturförderabgabe für die Stadt Braunschweig unterstützen?**

Bezüglich einer Förderabgabe wurde oben bereits Stellung bezogen. Wenn über eine Förderabgabe nachgedacht wird muss sich diese im Fall der Kultur aus dem (etablierten) Kulturbetrieb generieren. Eine „spartenübergreifende“ allgemeine Kulturförderabgabe sehe ich etwas kritisch, weil natürlich auch andere Bereiche ein solches Begehren äußern könnten (wie z.B. Sportförderabgabe; Förderabgabe für soziale Projekte, eine Förderabgabe für Umwelt und Naturschutz etc.). Bei zuschauer- bzw. besucherorientierten Sparten sollte sich die Förderabgaben (entsprechend dem unter 7 vorgeschlagenen Modell) aus Besuchern/Zuschauern generieren (trifft z.B. auch für Sport zu), bei anderen Bereichen (Sozialförderung; Umwelt/Naturschutz) müssten andere Wege gefunden werden (z.B. über eine Abgabe bei allen Investitions- und/oder Bauprojekten => Verzicht auf vereinfachte Verfahren nach Baugesetzbuch).